

GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz: Überproportionale Belastung der Apotheken verhindern

Mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz reagiert die Bundesregierung auf die angespannte Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung. **Die vorgesehenen Maßnahmen setzen jedoch an der falschen Stelle an.** Sie belasten Apotheken überproportional, sowohl finanziell als auch organisatorisch, und gefährden damit die Stabilität der wohnortnahen Versorgung.

Apothekenabschlag: Honorarkürzung mit Versorgungsfolgen

Die vorgesehene Anhebung des Apothekenabschlags bedeutet eine dauerhafte Honorarkürzung und steht damit im klaren Widerspruch zu der im Koalitionsvertrag zugesagten Honorarerhöhung. In Kombination mit der Steigerung des Mindestlohns zehrt ein erhöhter Apothekenabschlag die geplante Anpassung des Fixums auf 9,50 € fast vollständig auf. Unter dem Strich entsteht kein Beitrag zur Stabilisierung der Versorgung, sondern eine weitere Erosion der wirtschaftlichen Basis vieler Apotheken. Die Folgen reichen von zunehmendem wirtschaftlichem Druck bis hin zu möglichen Standortschließungen und einer Verschlechterung der Erreichbarkeit für Patientinnen und Patienten.

Zuzahlungen: Gesetzliche Erhöhung und Ausweitung der Inkassopflichten

Die vorgesehene Erhöhung der Zuzahlungen führt zu einem erheblichen Mehraufwand für die Apotheken vor Ort. Neben steigenden administrativen und finanziellen Belastungen durch das Inkasso höherer Beträge entsteht insbesondere in der Anfangsphase ein erheblicher Kommunikationsaufwand. Gleichzeitig drohen ohne konsequente Durchsetzung der Zuzahlungspflicht gegenüber Versandapotheken erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Vor-Ort-Apotheken.

Herstellerabschläge: Wachsendes Inkassorisiko ohne Absicherung

Mit der geplanten Einführung eines ergänzenden dynamischen Herstellerabschlags, eines Abschlags auf Impfstoffe sowie eines neuen Abschlags auf Verbandmittel und sonstige Produkte der Wundversorgung steigt das finanzielle Risiko für die Apotheken erheblich. **Die Ausweitung der Herstellerabschläge erhöht den Umsetzungsaufwand,** da Apotheken als Inkassostelle für die GKV mit wachsender Komplexität und ohne ausreichende Absicherung zusätzlich belastet werden.

Fazit

Die Maßnahmen verdichten sich zu zwei zentralen Problemlagen: Es **entsteht eine spürbare finanzielle Mehrbelastung mit dauerhaften Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.** Gleichzeitig wächst der **Umsetzungsaufwand durch zusätzliche Inkasso- und Abrechnungsaufgaben erheblich.** Beides zusammen schwächt die Apotheken nachhaltig und steht im Widerspruch zum Ziel einer stabilen GKV.